

Übersetzung aus dem Russischen

R e d e

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. Gromyko

Moskau, den 21. Oktober 1982

*Tagung Komitee der
Aufsichtsräte
Viktor - Moskva
21. und 22. 10. 1982*

Verehrte Genossen!

Ich glaube, es besteht keine Notwendigkeit jetzt, eine ausführliche Einschätzung der internationalen Lage zu geben. Die Einschätzung der Ursachen, die zu ihrer Verschärfung führten, und insbesondere der Rolle, die dabei der militaristische, abenteuerliche Kurs der Reagan-Administration spielt, haben wir im Namen der sowjetischen Führung mit ausreichender Klarheit auf der Tagung der UN-Vollversammlung zum Ausdruck gebracht. Die Entwicklung der Ereignisse seit dieser Zeit bestätigt diese Einschätzung nur noch.

Demnächst soll eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages stattfinden, und unsere gegenwärtige Tagung kann man als eine verantwortungsvolle Etappe der gemeinsamen, kollektiven Vorbereitung auf die Tagung des PBA betrachten.

Ich möchte also gleich zu den konkreten Fragen der abgestimmten Tagesordnung unserer Tagung kommen. Diese Fragen hat das Leben selbst in den Vordergrund der europäischen und Weltpolitik gestellt.

Ich beginne mit dem Madriider Treffen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wächst seine Bedeutung zweifellos. Man muß das politische Kapital der Entspannung, das zu einer relativ günstigen Zeit akkumuliert wurde, nämlich als die gesamteuropäische Konferenz stattfand, nicht nur verteidigen, sondern nach Möglichkeit auch vergrößern.

Wie L. I. Breshnew unlängst in seiner Rede in Baku erneut erklärte, setzt sich die Sowjetunion nach wie vor konsequent für einen erfolgreichen Abschluß des Madriider Treffens ein. Derartig ist auch das abgestimmte Vorgehen aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Wir sind für die Annahme eines inhaltsreichen politischen Dokumentes in Madrid, das die Einberufung einer Konferenz zu Maßnahmen des Vertrauens und der Abrüstung in Europa vorsieht, und für ein ausgeglichenes Vorankommen zu allen Abschnitten der Schlußakte. Kurz gesagt, wir sind für all das, was der Entspannung, darunter auch auf militärischem Gebiet, neue Impulse verleihen könnte, wir sind für eine konsequente Fortsetzung des gesamteuropäischen Prozesses.

Eine andere Linie - auf die Unterminierung des Madriider Treffens gerichtet -verfolgt die Reagan-Administration. Bekanntlich möchte Washington sofort , mit der Wiederaufnahme des Treffens, erneut die Situation dort zuspitzen und das Madriider Forum zum Entfachen einer antipolnischen und antisozialistischen Kampagne benutzen. Sie möchte das Treffen mit einem formellen, wenig inhaltsreichen Dokument

abschließen, oder es ganz und gar platzen lassen.

Unsere jüngsten Gespräche mit dem USA-Staatssekretär Shultz haben den Eindruck noch bestärkt, daß ein ergebnisreicher Abschluß des Madrider Treffens nicht in die Pläne Washingtons paßt. Die Pläne gehen hier noch weiter als nur hinsichtlich des Madrider Treffens. Man hat insgesamt den in Helsinki eingeleiteten Prozeß im Auge, da er ein Nährboden ist, der sich für die Entspannung und die Festigung der Sicherheit in Europa günstig auswirkt.

Ein positiver Ausgang des Madrider Treffens und insbesondere eine Übereinkunft über die Einberufung einer Konferenz über Vertrauens- und Abrüstungsmaßnahmen paßt auch deshalb nicht in die Pläne Washingtons, weil das in Europa ein positives Klima schaffen würde, das die Realisierung der USA-Pläne zur weiteren Eskalation der Rüstungen und insbesondere zur Stationierung neuer amerikanischer Kernwaffen in verschiedenen west-europäischen Ländern erschweren würde.

Wenn in Gesprächen mit Ministern anderer NATO-Länder die Rede auf das Madrider Treffen kam, warfen sie, buchstäblich als würden sie einem auswendig gelernten Drehbuch folgen, die Frage nach der Lage in Polen auf und wiederholten die üblichen Phrasen. Einige verwiesen darauf, als würden sie lediglich die Disziplin einhalten und zeigten keineswegs den Wunsch, diese Frage ausführlich zu behandeln.

Es war zu spüren, daß die europäischen Verbündeten der USA ungeachtet des amerikanischen Druckes weiterhin an der Entspannung und der Fortsetzung des gesamteuropäischen Prozesses interessiert sind, dessen Nutzen und Vorteile sie aus eigener Erfahrung kennengelernt haben. Heute kann man sagen, daß man in Westeuropa Besorgnis über die Versuche der USA verspürt, das Madrider Treffen zum Entgleisen zu bringen. Aber ob die europäischen Verbündeten der USA genügend Courage haben, in Madrid eine mehr oder weniger konstruktive Linie zu verfolgen? Darüber ist man sich nicht sicher.

Dort, wo die Amerikaner die Interessen der westeuropäischen Monopole und deren Profite direkt beeinträchtigen, in dem sie alle möglichen Sanktionen und Verbote über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit uns verhängen, legen die Führer der westeuropäischen Länder eine bestimmte Charakterstärke an den Tag. Aber dort, wo es sich um politischen und ideologischen Kampf gegen den Sozialismus handelt, überwiegt die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen.

Gespräche, die wir mit Vertretern europäischer neutraler und nichtpaktgebundener Länder geführt haben, zeigen, daß sie ernsthaft über die Zuspitzung der internationalen Lage besorgt sind und sich darüber im klaren sind, daß sie, diese Länder, nur bei Fortsetzung der Entspannung eine eigene Rolle in den europäischen Angelegenheiten spielen können. Es ist gut, daß die Neutralen, wie sie erklären, den von ihnen eingebrachten Entwurf für ein Schlußdokument des Madrider Treffens auch weiterhin verteidigen wollen. Aber auch unter den Neutralen

gibt es Meinungsverschiedenheiten, und das ist kein Geheimnis. Unter dem Druck der USA und ihrer Verbündeten zeigen sie Inkonsistenz und offensichtliches Schwanken.

Unsere Einstellung zu dem von den Neutralen im Dezember 1981 unterbreiteten Entwurf eines Schlußdokumentes hat sich nicht geändert. Wir betrachten es als eine nicht schlechte Grundlage für ein Abschlußdokument des Treffens. Dieses Dokument hat natürlich seine Schwächen. Man könnte dort Veränderungen und Verbesserungen einfügen, aber dazu möchte ich jetzt nicht ausführlich sprechen, das ist Sache unserer Delegationen.

Insgesamt scheint uns, das man in Madrid in der Richtung wirken sollte, daß ein Schlußdokument auf der Grundlage des Entwurfes der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder abgestimmt werden kann, man sollte unsere Bereitschaft zu gegenseitig annehmbaren Entscheidungen zu den bisher noch offenen Fragen hervorheben.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Amerikaner, obwohl sie formell diesen Entwurf nicht zurückweisen, versuchen werden, ihn "aufzuweichen" und ihn mit inakzeptablen Aussagen vollzustoßen, d. h. faktisch versuchen werden, die Grundlage für eine konstruktive Arbeit zu zerstören.

Deshalb kommt es in erster Linie auf einen festen Kontakt mit den Neutralen an. Man muß sie auf Positionen festlegen, die, ungeachtet der negativen Linie der USA, zu einem bestimmten Vorankommen bei der Abstimmung des Dokumentenentwurfes beitragen

würden. Natürlich hängt vieles noch in der Luft, und es geht bisher nur um eine vorläufige Abstimmung. Was die Verbündeten der USA im Nordatlantikblock angeht, so muß man hier wohl differenziert und individuell an einen jeden von ihnen herangehen. Es kommt darauf an, ihre Reservepositionen zu erkennen und zu klären, in welchem Maße sie auf die Linie der USA Einfluß nehmen können. Die Tatsache, daß die Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit in Europa in den Hauptstädten der westeuropäischen Staaten und in Washington unterschiedlich aussieht, stellt eine bestimmte Reserve für unsere Arbeit auf dem Madrider Treffen dar.

Wir gehen davon aus, daß die Schritte unserer Delegationen in Madrid auch künftig gut koordiniert und zielgerichtet sein werden, daß die Einheit und Geschlossenheit der Bruderländer bei der Verteidigung der Politik der Entspannung, der Zusammenarbeit und der Sicherheit in Europa erneut ihre Lebenskraft bestätigen werden.

Bei der Vorbereitung auf einen aktiven Kampf um den positiven Ausgang des Madrider Treffens dürfen wir natürlich nicht außer acht lassen, daß es zu Störungen seines Verlaufs in der bevorstehenden Etappe kommt. Wir müssen auf jegliche jähen Wendungen auf dem Madrider Treffen vorbereitet sein.

Wenn wir uns in Madrid für die Wahrung und Fortsetzung des gesamteuropäischen Prozesses und die Gesundung der Lage in Europa einsetzen, können wir natürlich keinerlei prinzipielle Zugeständnisse machen. Wir werden unsere Linie konsequent

vertreten.

Gesondert möchte ich auf die Versuche der USA eingehen, sich in die Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen und Diversionstätigkeit gegen sie zu betreiben. Damit haben sie nicht erst heute begonnen, aber die gegenwärtige amerikanische Administration zeichnet sich hierbei durch besondere Grobheit und Zynismus aus. Nehmen wir z. B. die letzte, man kann direkt sagen empörende Aktion Washingtons. Im USA-State-Departement wurde dieser Tage unter der Leitung von Shultz eine Art Seminar zum Thema "Die Demokratisierung in den kommunistischen Ländern" durchgeführt, in der Tat aber sprach man dort über praktische Maßnahmen zur Veränderung der in unseren Ländern bestehenden Ordnung.

Schon viel haben wir von den Amerikanern zu sehen und zu hören bekommen, aber das was wir jetzt sehen, ist schon politische Unvernunft und kein ideologischer Kampf.

Selbstverständlich können keine "Kreuzzüge" das soziale Antlitz der Welt verändern. Sie sind dazu einfach nicht in der Lage. Aber unbeantwortet kann man diesen ihren Ausfall nicht lassen. Man muß einen solchen Kurs eindeutig als unvereinbar mit den allgemein anerkannten Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen und als der UNO-Charta sowie der Schlußakte von Helsinki widersprechend qualifizieren. Wir müssen unsere Position auch in den verschiedensten internationalen Gremien darlegen.

Unserer Meinung nach muß man dieser Politik, die von Chauvinismus, Besserwissertum und Großmachtambitionen Washingtons durchdrungen ist eine entschiedene und konsequente Abfuhr erteilen.

Zu anderen internationalen Problemen muß man insbesondere unterstreichen, daß der Hauptschwerpunkt unserer gesamten außenpolitischen Aktivitäten, d. h. auch gleichzeitig die Hauptrichtung, in der die Auseinandersetzung zwischen den beiden wichtigsten Kursen in der Weltpolitik, nach wie vor in der Zügelung des Wettrüstens und der Verhinderung eines Kernwaffenkrieges besteht.

Zu Recht kann man sagen, daß die sozialistischen Länder die Initiative in diesem historischen Ringen fest in ihren Händen halten. Es gibt eigentlich auch kaum jemanden, der das bestreitet. Man braucht hier nur an die ganze Serie der von den sozialistischen Ländern unterbreiteten Vorschläge, wie z. B. auf der zweiten UN-Sondertagung zur Abrüstung und auf der gegenwärtigen Vollversammlung zu verweisen.

Ein Schritt von wahrhaft historischer Bedeutung ist hierbei die einseitige Verpflichtung der Sowjetunion, nicht als erster Kernwaffen anzuwenden.

Hervorhebung verdient auch unsere jüngste Initiative dazu, daß die führenden Organe der NATO und des Warschauer Vertrages eine Erklärung über die Nichtausweitung des Aktionsbereiches der beiden militärisch-politischen Gruppierungen auf Asien, Afrika

und Lateinamerika abgehen.

Alle unsere Initiativen und Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens, zur Abrüstung und zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe zeigen mit aller Deutlichkeit das friedliebende Wesen der sozialistischen Außenpolitik.

Angesichts unserer Linie zeigt sich die Verwerflichkeit der wahren Ziele der gegenwärtigen militaristischen Politik Washingtons und des NATO-Blocks besonders deutlich.

Der Kurs, den wir abgestimmt verfolgen, ist effektiv, so sehr man auch versucht ihn seitens unserer Gegner zu entstellen.

Es gibt keinen Zweifel daran, daß gerade unter dem Einfluß dieses Kurses die Reagan-Administration gezwungen war, sich zu Verhandlungen zu den atomaren Rüstungen bereit zu erklären.

Ich möchte kurz auf diesen Problemkreis eingehen, wengleich die Führung der Bruderländer von uns regelmäßig zu beiden Linien der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf informiert wird.

Zum Problem der Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen in Europa muß man leider sagen, daß die Amerikaner ihrerseits bei der vor drei Wochen aufgenommenen turnusgemäßen Verhandlungsrunde keine konstruktiven Elemente eingebracht haben, die die Standpunkte der Seiten einander näher bringen könnten.

Shultz ist faktisch einer Behandlung dieses Themas ausgewichen und hat die bereits bekannte Haltung der Reagan-Administration lediglich bekräftigt, die auf die berüchtigte "Null-Variante" hinausläuft. Kurz gesagt verfolgen die Amerikaner nach wie vor eine Linie, die nichts mit der Achtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit gemein hat.

Obwohl es jetzt verfrüht wäre, endgültige Prognosen zum Ausgang der Verhandlungen zu geben, sieht es so aus, als ob die Absicht der Reagan-Administration darin besteht, eine Verschleppung der Verhandlungen mit der Sowjetunion zu erreichen, bis die Zeit eintritt, die in dem sogenannten "Doppelbeschuß" der NATO festgelegt ist und mit der die Stationierung amerikanischer "Pershings" und Flügelraketen begonnen werden soll.

Gegenwärtig will Washington den Eindruck erwecken, als würden die Verhandlungen von beiden Seiten ernsthaft und sachlich geführt. Diese Verschleierung soll Illusionen bei den Westeuropäern hervorrufen, die glauben, daß Washington den aufrichtigen Wunsch hat, mit der Sowjetunion übereinzukommen.

Die Wahrheit über den Verlauf dieser Verhandlungen und die amerikanische Position haben wir und werden wir auch künftig, wenn das notwendig ist, den Regierungen und Völkern, in erster Linie denen Westeuropas, zur Kenntnis bringen.

Es kommt darauf an, daß die USA ständig unseren aktiven Einfluß zu spüren bekommen, sei es was die Arbeit auf diplomatischem oder propagandistischem Gebiet oder unsere allseitige Unter-

stützung für den Protest der Öffentlichkeit gegen die Atomkriegs-
gefahr angeht. Die Antikriegs- und Antiraketenmassenbewegung in
Westeuropa und den Vereinigten Staaten selbst ist objektiv eine
wichtige Reserve, die wir zur Unterstützung unserer gemeinsamen
Linie mobilisieren müssen.

Bei den Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der
strategischen Rüstungen ist die Position der USA nach wie vor
darauf gerichtet, die im SALT-II-Vertrag sorgfältig abgewogene
und fixierte strategische Parität zwischen der UdSSR und den USA
zu zerstören. Aus der Gesamtheit der strategischen Rüstungen
beider Seiten greifen die Amerikaner nur diejenigen Waffenarten
als Reduzierungsgegenstand heraus, die Grundlage für die strate-
gische Macht der Sowjetunion bilden. Alles andere jedoch, seege-
stützte Raketen, strategische Bomber und Flügelraketen, wo das
Übergewicht der USA eindeutig ist, klammern die Amerikaner aus.

Das Herangehen der gegenwärtigen USA-Administration an dieses
Problem ist klar: Gut ist nur das, was zu einer einseitigen
Abrüstung der Sowjetunion und der Länder des Warschauer Vertrages
führt, und schlecht ist, was die Verwirklichung der in Washington
ausgearbeiteten Programme zur Eskalation der Rüstungen behindern
kann. Natürlich wird es auf einer solchen Grundlage kein Abkommen
geben.

Die Sowjetunion wird auf Übereinkünfte zur Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen hinarbeiten, die den Zielen der Festigung der strategischen Stabilität auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen Rüstungen entsprechen würden und die Gesamtsicherheitsinteressen der sozialistischen Gemeinschaft zuverlässig gewährleisten würden.

Der Stand der Dinge auf den Wiener Verhandlungen wurde von uns wohl schon jedes Mal behandelt, wenn eine Tagung unseres Komitees stattfand. Sie wissen, wie die Situation dort ist.

Die Tatsache, daß die westlichen Teilnehmer ihre alten Vorschläge über eine nichtäquivalente und asymmetrische Reduzierung der Streitkräfte des Warschauer Vertrages in Form eines Vertragsentwurfes dargelegt haben, ändert nichts am Wesen der Dinge. Diese sogenannten neuen Vorschläge des Westens leisten nicht nur keinen Beitrag zum Vorankommen, sondern werfen die Verhandlungen zurück. Entgegen dem früher abgestimmten Mandat für die Verhandlungen wollen die NATO-Länder einer Reduzierung der Rüstungen überhaupt ausweichen und sich die Grundlage für ihre weitere Eskalation erhalten. Wir sind der Auffassung, daß unsere Linie, die ihren Ausdruck in dem am 18. Februar d. J. von der Volksrepublik Polen unterbreiteten Abkommensentwurf findet, in ihrer Grundlage weiterhin in Kraft bleibt und unseren gemeinsamen Zielen entspricht.

Ich glaube, daß man einen Meinungs austausch über ein nicht unbedeutendes Ereignis, die politischen Veränderungen in der BRD, führen sollte.

In ersten Kontakten mit uns versichern die neuen westdeutschen Führer, daß sie die Absicht haben, die Kontinuität des außenpolitischen Kurses der BRD zu wahren. Sowohl Kohl als auch Genscher sprechen sich, u.a. auch in Kontakten mit uns, für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern auf der Grundlage der mit ihnen abgeschlossenen Verträge und Abkommen und für den Dialog zwischen Ost und West aus.

All das zeigt, daß die führenden CDU/CSU-Politiker gezwungen sind, die reale Kräfteverteilung in Europa und der Welt insgesamt und die Tatsache zu berücksichtigen, daß die positiven Veränderungen, die in den 70er Jahren in den Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Staaten vor sich gingen, einen festen Platz im politischen Leben der BRD einnehmen und deren langfristigen Interessen entsprechen. Natürlich schenken wir diesen Erklärungen nicht so ohne weiteres Glauben und erwarten ihre Untermauerung durch praktische Schritte z. B. auch auf dem Madrider Treffen.

Denn bereits jetzt ist klar, daß die Kohl-Regierung geneigt ist, mehr dem Gehör zu schenken, was man in Washington sagt, das militärisch-politische Bündnis mit den USA zu festigen und den Kurs auf die Verstärkung der Militärmacht der NATO zu unterstützen.

Wir unsererseits erachten es für notwendig, die Kohl-Regierung dazu zu bringen, sorgsam an all das Positive heranzugehen, was bereits in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern besteht.

Gleichzeitig werden wir, wie auch schon in der Vergangenheit, den negativen Tendenzen in der BRD-Politik und ihren Versuchen, Anschläge auf die legitimen Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verüben, die gehörige Abfuhr erteilen. Und das um so mehr, da mit der Machtübernahme der Christdemokraten erneut "gesamtdeutsche" Motive laut wurden, die, wie allen bekannt ist, einen revanchistischen Hintergrund haben.

Es kommt darauf an, gemeinsam auch weiterhin auf die BRD-Politik Einfluß zu nehmen und alle unsere Möglichkeiten zu nutzen, um sowohl der Regierung als auch der Bevölkerung der BRD bewußt zu machen, welche Gefahr die Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketenwaffen für sie mit sich bringen.

Kurz zu den Beziehungen zu Frankreich. Unsere gemeinsame Linie nach dem Machtantritt Mitterrands, auf die konstruktive Zusammenarbeit und auf Geduld gerichtet, bewährt sich. In letzter Zeit ist das Bestreben der französischen Seite nach einem gewissen Ausbau der Kontakte, darunter auch der politischen, nach aktiveren Beziehungen und nach Zusammenarbeit auf den verschiedensten praktischen Gebieten zu verspüren.

Sicherlich wird es für uns auch noch Schwierigkeiten mit Frankreich geben. Aber insgesamt stellen wir eine bestimmte Verstärkung der positiven Akzente in seiner Politik fest und haben vor, unsere Beziehungen hinsichtlich Frankreich natürlich unter Berücksichtigung dessen zu aktivieren, inwieweit dazu die andere Seite bereit ist.

Es gibt noch ein weiteres internationales Problem, an dem man nicht vorbei gehen darf. Es handelt sich um die Lage im Nahen Osten.

Die jäh und gefährliche Zuspitzung der Spannungen, die durch die Aggression Israels gegen das libanesische und palästinensische Volk hervorgerufen wurde, hat erneut eindringlich die Frage nach der Notwendigkeit einer umfassenden und gerechten Regelung in diesem Raum sowie nach Wegen und Mitteln für eine derartige Regelung aufgeworfen. Das erfordern nicht nur die Interessen aller Völker und Staaten des Nahen Ostens, sondern auch die der Gesundheit der internationalen Lage. Die Ereignisse in Libanon haben bestätigt, daß unsere Einschätzungen der Camp David-Politik richtig sind, und ein weiteres Mal die Gefahr gezeigt, die diese Politik für die arabischen Völker und für den Frieden im Nahen Osten mit sich bringt.

In vielen Ländern, die bisher in der einen oder anderen Weise die Politik von Camp David unterstützt haben, ist jetzt zu verzeichnen, daß man in gewissem Maße klarer sieht. Das ist auch in den westeuropäischen Ländern spürbar. Dort beginnt man deutlicher zu sehen, daß es keinen Frieden im Nahen Osten geben wird,

wird nicht von den Palästinensern ein eigener unabhängiger Staat gebildet.

Die Versuche der USA, die Nahost-Probleme unter Gewaltanwendung zu lösen und dort "auf amerikanische Art und Weise" Frieden zu errichten, können keinen Erfolg haben. Die Verbrechen der israelischen Truppen und die Völkermordpolitik gegenüber den Palästinensern sind sowohl für Israel selbst auch für seinen transatlantischen Beschützer zu einem Bummerang geworden. Die USA und Israel befanden sich niemals in einer solchen moralischen und politischen Isolation wie heute.

Dessen ungeachtet unternehmen die USA nachwievor alle Anstrengungen, damit die Ereignisse im Nahen Osten sich auch weiterhin so entwickeln, wie man das in Camp David vorgesehen hatte. In konzentrierter Form kam das in der bekannten Rede Reagans zum Ausdruck, die als eine Art "neuer Plan" für den Nahen Osten hingestellt wird.

Die Negierung des Rechtes der Palästinenser auf Schaffung eines eigenen Staates - und das ist gerade der Hauptpunkt in Reagans Vorschlägen - verurteilt diese selbstverständlich zum Scheitern. Aber die Gefahr des amerikanischen Planes besteht darin, daß er gewissermaßen neue Komplikationen und Konflikte im Nahen Osten vorprogrammiert.

Ein wichtiges Moment besteht in der Tat darin, daß es den Arabern erstmalig gelungen ist, ihre gemeinsame Plattform zur Nahost-Regelung zu erarbeiten, wengleich man auch sehen muß, daß die

arabischen Staaten selbst diese Plattform unterschiedlich und von verschiedenen Positionen auslegen.

Stets sagen wir den Arabern, sowohl offen als auch bei internen Kontakten, daß ihre Kraft in der Einheit liegt, ihre Schwäche in der Zersplitterung. Faktisch ist die Ausarbeitung eines gesamt-arabischen Planes das, wozu wir die Araber schon seit Jahren aufrufen.

Als die in der Rede von L. I. Breschnew vom 15. September formulierten Prinzipien für eine umfassende Nahost-Regelung veröffentlicht wurden, konnte die ganze Welt feststellen, daß die Position der Sowjetunion mit der der Araber insgesamt übereinstimmt. Das ist richtig. Wir haben übereinstimmende Ansichten. Und das bildet die Grundlage zur Fortsetzung der nützlichen Zusammenarbeit zum Wesen der Nahost-Regelung nicht nur mit den progressiven, sondern praktisch mit allen arabischen Ländern.

Im Lichte der jüngsten Ereignisse im Nahen Osten erlangt unser Vorschlag zur Einberufung einer speziellen internationalen Konferenz zu einer Nahost-Regelung noch größere Aktualität.

In Übereinstimmung sowohl mit unseren als auch mit den arabischen Vorschlägen muß die UNO und insbesondere der Sicherheitsrat, der Garantien für die Durchsetzung der Nahost-Regelung erarbeiten und annehmen muß, eine besondere Rolle bei der Gewährleistung

einer Nahost-Regelung spielen.

Gleichzeitig werden wir auch weiterhin den Arabern verdeutlichen, daß es unbedacht wäre, nur auf die UNO zu hoffen, da die USA im Sicherheitsrat stets ihnen und Israel nicht genehme Beschlüsse blockieren können.

Unter maximaler Nutzung der Möglichkeiten der UNO und um politischen Druck auf die USA und Israel auszuüben, ist es wichtig - ohne das eine dem anderen gegenüberzustellen - weiterhin aktiv für die Einberufung einer internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Seiten zu arbeiten.

Wir möchten über einige Momente unserer Beziehungen zu China informieren.

Wir, und das wurde auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU und den sich anschließenden Reden L. I. Breschnews bekräftigt, sind für die Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Das ist unsere prinzipielle Position. Vor kurzem begannen in Peking nach gemeinsamer Übereinkunft sowjetisch-chinesische interne Konsultationen auf der Ebene stellvertretender Außenminister, die Sonderbevollmächtigte der Regierung der UdSSR und der Regierung der VR China sind.

Wir ziehen keine voreiligen Schlüsse. Es fanden lediglich erste Gespräche statt. Die sowjetische Seite ist bereit, geduldig zu arbeiten. Wir werden uns bemühen, Klarheit darüber zu bekommen, ob die chinesische Seite irgendwelche positiven Absichten hat, die zu einer Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen beitragen, oder ob alles auf ein Manöver Chinas hinaus läuft, was auch nicht auszuschließen ist. Wie man so sagt: kommt Zeit, kommt Rat.

Genossen! In Ihren vielfältigen internationalen Aktivitäten handeln unsere Länder Hand in Hand, in enger Gemeinschaft. Auf den vom Weißen Haus verkündeten "Kreuzzug" gegen den Sozialismus und auf die Versuche, die sozialistische Staatengemeinschaft zu spalten, antworten unsere Parteien und Länder mit einem noch engeren Zusammenschluß ihrer Reihen, mit einer weiteren Festigung der Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern.

Die Geschlossenheit der Bruderländer und unsere unerschütterliche Entschlossenheit, gemeinsam den friedliebenden außenpolitischen Kurs zu verfolgen und zu verteidigen, vervielfältigen unsere Möglichkeiten, den Lauf der Ereignisse in der Welt zu beeinflussen, und sind ein zuverlässiges Unterpfand für weitere Erfolge bei der Verwirklichung unserer gemeinsamen großen Sache.